

Mehr Schutz statt Dividenden!

Was will die VPOD-Initiative?

- Eine bundeseigene Alternative zur privaten Fahrzeughaftpflichtversicherung
- Die Interessen der Versicherten besser wahren
- Offene Bücher statt Geheimniskrämerei
- Mitbestimmung statt Prämiendiktat
- Günstige Tarife statt Superreserven

Fahrzeughaftpflicht: Geschäft mit Staatsgarantie

Wer ein Fahrzeug benützt, braucht eine Haftpflichtversicherung. Das ist vom Gesetz vorgeschrieben, und das ist gut so. Denn die Haftpflichtversicherung schützt die von Unfällen Betroffenen vor materiellen Verlusten – auch die Fussgänger. Sie zahlt anstelle des Fahrzeughalters für Personen- und Sachschäden. An einer guten Haftpflichtversicherung sind also alle Strassenbenützer interessiert.

Aber: Trotz staatlichem Obligatorium kann in der Schweiz eine Haftpflichtversicherung nur bei gewinnorientierten Privatgesellschaften abgeschlossen werden.

Feststellung Nr. 1

Der Bund hat zwar ein Versicherungsobligatorium geschaffen, bietet aber keine eigene Versicherungsmöglichkeit an. Anders gesagt: Der Staat treibt die Kunden den privaten Versicherungsgesellschaften in die Arme; er beschert ihnen das grosse «Geschäft mit Bundesgarantie». Das will die Initiative ändern.

Wohin rollen die Millionen? In die (Gold-)Grube der «Rückstellungen»

Von 1970 bis 1974 (neuere amtliche Angaben fehlen leider) kassierten die schweizerischen Versicherungsgesellschaften gute 3560 Millionen Franken an Motorfahrzeug-Haftpflichtprämien (=Einnahmen).

Für Schadenfälle zahlten sie im gleichen Zeitraum rund 2060 Millionen Franken (=Ausgaben)*.

Verbleiben 1500 Millionen Franken (=Überschuss). Wo sind sie geblieben? Gewiss: Verwaltungskosten sind unvermeidlich; aber müssen es gleich 375 Millionen sein?

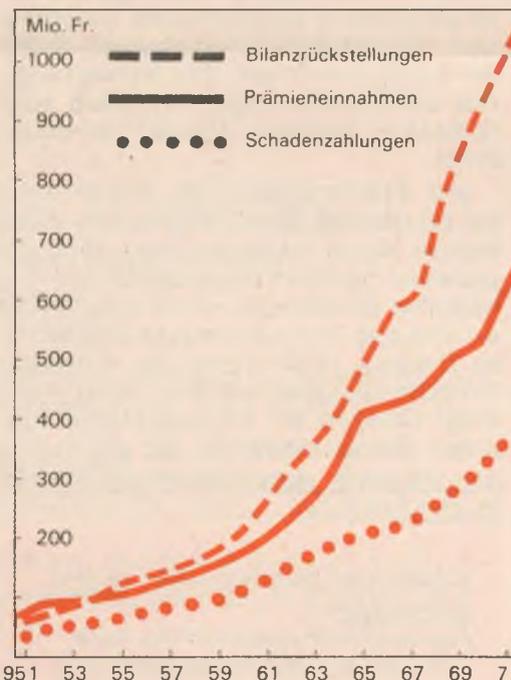
Angemessene Rückstellungen für unerledigte Schäden sind notwendig; aber mussten sie innert fünf Jahren um 590 Millionen Franken anwachsen? Und die Versicherungs-Paläste und -Dividenden – wem nützen die?

Unfug mit Superrückstellungen

Private Versicherungsgesellschaften legen für unerledigte Schäden grosse Summen zurück. Diese Gelder gehörten den Versicherten – sollte man meinen. Aber die helvetische Versicherungs-Praxis sieht anders aus. Die Versicherer drehen mit den Rückstellungen ein Bombengeschäft. Zwischen 1961 und 1970 stiegen ihre «normalen» Rücklagen von 193 auf 650 Millionen Franken. Doch damit nicht genug: in der gleichen Zeit erhöhten sie zusätzlich die Super-Rückstellungen (reine Fettpolster) von 30 auf 300 Millionen Franken! Bevor die VPOD-Initiative kam, wurden diese riesigen Beträge we-

der versteuert, noch zugunsten der Versicherten verzinst. Versteuert werden sie auch heute nicht, verzinst nur zum Teil.

Motorfahrzeug-Haftpflichtversicherung
Zusammenstellung der Schadenzahlungen,
Prämieneinnahmen und Bilanzrückstellungen für
schwebende Schäden von 1951 bis 1971



In einem Urteil vom Februar 1973 ermahnte daher das Schweizerische Bundesgericht das Eidg. Versicherungsamt (EVA): «...die Aufsichtsbehörde (wird) künftig darüber zu wachen haben, dass allenfalls immer noch vorhandene Überschüsse... nicht weiter ansteigen. Dulden, dass solche auf Irrtümer vergangener Jahre zurückzuführende Überschüsse noch weiter ansteigen, hiesse in der Tat, einen Missbrauch der Versicherer decken.» Und: «Das Eidg. Versicherungsamt würde seine Kompetenzen nicht überschreiten, wenn es von den Versicherern verlangen würde, dass die Zinsen (...) zugunsten der Versicherten verwendet würden. Damit könnte verhindert werden, dass solche Überschüsse noch weiter ansteigen.»

Die VPOD-Initiative bringt keine Verstaatlichung der Versicherungsgesellschaften, aber die Möglichkeit, sich in einer bundeseigenen Anstalt günstig zu versichern.

* Seit Kriegsende betragen die Schadenzahlungen nur in wenigen Ausnahmejahren mehr als 57% der Netto-Prämieneinnahmen, oft aber wesentlich weniger.

Nachdem die Versicherungen unter schweren Beschuss gekommen waren, begannen sie, ihre Rückstellungs-Rechnung umzufrisieren. Ende 1974 betrug ihre Superreserven «nur noch» 253,7 Millionen Franken; die gesamten Bilanzrückstellungen aber stiegen auf 1426,8 Millionen Franken – mit dem offiziellen Segen des Versicherungsamtes. Dieses sorgt sich vor allem um das Wohlergehen (die «Solvenz») der Versicherungen.

Feststellung Nr. 2

Das Eidg. Versicherungsamt ist dem Unfalldirektoren-Kartell (UDK) längst nicht gewachsen. Das Amt ist arm an Personal und Kompetenzen. Es muss sich im übrigen auf die von der UDK gelieferten Zahlen stützen. Das wird die Initiative ändern.

Wer profitiert? Die engverflochtene Kapitalmacht

Auch wenn sich private Versicherungsgesellschaften mit «offiziellen» Namen wie «Zürich», «Winterthur», «Basler», «Eidgenössische», «Helvetia» usw. den Anstrich staatlicher Seriosität geben, sind sie alles andere als öffentliche Unternehmen. Sie gehören zur exklusiven Spitze der Kapitalmächtigen. Die Verwaltungsräte der Versicherungen herrschen auch in Banken, Industrie, Handel und umgekehrt.

Die Fahrzeughaftpflicht macht zwar bei zahlreichen Gesellschaften nur einen kleinen Anteil (teilweise unter 10%) am gesamten Versicherungsgeschäft aus. Sie hilft aber dennoch mit, die Kapitalmacht der privaten Versicherungsgesellschaften zu festigen. 1974 wiesen die Schweizer Versicherungsgesellschaften total 38,5 Mrd. Franken an Kapitalanlagen aus; dieser Betrag entspricht fast der Hälfte der gesamten Arbeitnehmereinkommen im gleichen Jahr.

Ausländische Beispiele zeigen: Es geht auch anders!

Aus dem Geschäftsbericht des Württ. Gemeinde-Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit 1974 in der Bundesrepublik Deutschland:
Verwaltungskosten: «Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb betrugen DM 3 727 209,81 und erforderten demnach 6,0% der verdienten Beiträge.»

Aus der Jahressaldorechnung des Eidg. Versicherungsamtes, 1974:
Verdiente Prämien: 724 Mio. Franken
Aufwendung für Betriebskosten und Gewinn: 188 Mio. Franken
Dies entspricht 26% der verdienten Beiträge.

Feststellung Nr. 3

Die Nutzniesser des Geschäfts mit dem Versicherungsobligatorium sind die privaten Gesellschaften; ihre für Aussenstehende nie vollständig durchschaubare Kapitalmacht wird verstärkt. Das wird die Initiative ändern.

Hat da jemand «Monopol» gerufen?

Zwei «verwandte» Gesellschaften, die «Winterthur» und die «Zürich» beherrschen fast 50% des Fahrzeughaftpflicht-

VERFÜLZUNG!

In den Verwaltungsräten der «Zürich», «Winterthur» und «Basler» sind vertreten:

| | |
|----------------------|---------------|
| 4 x Bankverein | 6 x Alusuisse |
| 5 x Bankgesellschaft | 4 x Nestlé |
| 6 x Kreditanstalt | 3 x Sulzer |
| 7 x BBC | 2 x GF |
| 6 x Ciba-Geigy | |

= 43 mal der harte Kern der schweizerischen Kapitalmacht

Teuerungs-Explosion: 28% Prämienenerhöhung!

Nachdem die Haftpflicht-Versicherer ihre Reserven seit 1960 mehr als verfünffacht und gegenüber 1950 sogar um 1700% gesteigert hatten, brummen sie ab 1970 den jungen Fahrern massive Selbstbehalte auf und erhöhten per 1971 die Prämien ganz allgemein um 10%. Nur wenige Monate später kündigten sie für 1972 kaltschnäuzig einen weiteren Prämienprung von 18% an – innert kürzester Zeit also ein Plus von 28%. (Laut Bundesrat hatte das UDK-Kartell dem Versicherungsamt sogar einen Aufschlag «bis zu 38,5% für Personenwagen» beantragt...)

In der Öffentlichkeit setzte eine heftige Kritik an der Prämiengestaltung und am Geschäftsgebaren der privaten Versicherungsgesellschaften ein. Parlamentarische Vorstösse wurden eingereicht und Verwaltungsbeschwerden eingeleitet. Eine Petition der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz erreichte 80 000 Unterschriften. Der VPOD, unterstützt vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, griff zur wirksamsten Waffe: zur Initiative. Sie lautet:

«Der Bund wird auf dem Wege der Gesetzgebung eine eigene Versicherung zur Deckung der Haftpflicht für Motorfahrzeuge und Fahrräder einrichten.»

Das Volksbegehren kam innert kürzester Zeit zustande und wurde im April

Marktes; zusammen mit der «Basler» weit über die Hälfte.

Nicht genug damit: durch die Unfalldirektoren-Konferenz (UDK) – eine Interessengemeinschaft fast aller Gesellschaften – haben die Grossen praktisch den ganzen Markt in den Fingern. Nach aussen dient die UDK mit Wettbewerben und Ratschlägen als guter Onkel vom Radio...

Bei der Motorfahrzeughaftpflicht-Versicherung (MFHV) existiert keine Konkurrenz. Die Schweizerische Kartellkommission stellte dazu fest:

«Die Wettbewerbsverhältnisse in der MFHV-Branche charakterisieren sich dadurch, dass im Bereiche der Prämien – trotz des Bestehens von Aussenseitergesellschaften – kein Wettbewerb stattfindet. Es wird ausnahmslos der UDK-Tarif angewendet.»

Feststellung Nr. 4

Das Unfalldirektoren-Kartell monopolisiert den Markt. Die Grossen kontrollieren die UDK. Und das Eidg. Versicherungsamt segnet mit der Tarifgenehmigung die Preisführerschaft der Grossen ab. Das kann die Initiative ändern.

1972 eingereicht. Die Bevölkerung stimmte lebhaft zu; nicht aber die «Wirtschaftskreise». Sie schreien Zeter und Mordio und malen den Verstaatlichungs-Teufel an die Wand, wie sie es immer tun, wenn ihre Profite bedroht sind, wenn sie in einem Wirtschaftsbereich nicht mehr nach Lust und Laune herumfuhrwerken können, wenn ihnen echte Konkurrenz erwächst und wenn sich gar jemand erdreistet, ihnen auf die Finger zu schauen.

Die VPOD-Initiative wirkte bei den Versicherungen und den zuständigen Bundesbehörden wie ein Schreckschuss; zur Abwehr wurden prompt ein paar Heftpflasterli und Beruhigungspillen verpasst: Untersuchungen des (nicht bestehenden) Wettbewerbs, (teilweise) Verzinzung der «normalen» Rückstellungen zugunsten der Versicherten, (vorübergehender) Abbau der Superrückstellungen, Einsatz einer Konsultativkommission (ohne eigenes Zahlenmaterial und ohne echte Befugnisse), Einleitung der Revision des Versicherungs-Aufsichtsgesetzes (aus dem Jahre 1885). Und vor allem wurden die Prämien auf dem Stand von Ende 1972 eingefroren – für wie lange, das entscheidet das Volk an der Urne.

Verwaltungskosten:
SUVA: 10%,
AHV: 2–3%,
private Versicherer: 23%.

**Wir fordern
wirksame
Veränderungen.
Wir fordern eine
bundeseigene
Alternative
zur privaten
Haftpflicht-
Versicherung.**

- Nur sie kann die Macht des Unfalldirektorenkartells brechen
- Nur sie bemisst Rückstellungen nach dem Bedarf und nicht nach dem Profit
- Nur sie verhindert Kapitalanhäufungen der privaten Gesellschaften durch Prämien, die nicht für Schadenzahlungen verwendet werden
- Nur sie erlaubt eine günstige Prämienkalkulation und die echte Rückerstattung von Überschüssen zugunsten der Versicherten
- Nur sie ist nicht gewinnorientiert, sie arbeitet ohne Profit und Dividenden
- Nur sie schafft neben parlamentarischer Kontrolle umfassende Einsicht in die Zahlenakrobatik
- Nur sie arbeitet, wie SUVA und AHV zeigen, kostengünstig, denn sie benötigt kein Heer von Versicherungsvertretern; sie verzichtet auf Luxus und Prunk
- Nur sie braucht keine kostspielige Rückversicherung; der Staat bietet Garantie genug.

**Strassenbenützer, jetzt an die Urne!
Endlich haben Sie grünes Licht für ein klärendes Wort
zum undurchsichtigen Thema «Fahrzeughaftpflicht».**

Nein

Wenn Sie NEIN oder überhaupt nicht stimmen:

- dann finden Sie es richtig, dass die Fahrzeughaftpflicht ein gewinnträchtiges Obligatoriums-Paradies für private Versicherungen bleibt - ein Geschäft mit Staatsgarantie;
- dann nehmen Sie übermässige, unkontrollierbare Reservenbildung und wachsende Kapitalmacht der Versicherungs-Gesellschaften schulterzuckend in Kauf;
- dann haben Sie nichts dagegen, wenn nach den letzten Prämienerhöhungen von 28% schon bald noch tiefer in Ihre Tasche gegriffen wird;
- dann stört es Sie nicht, dass Sie der Prämienmanipulation, der Geheimniskrämerei und der Macht der marktbeherrschenden Gesellschaften weiterhin schutzlos ausgeliefert sind.

**Wer NEIN oder nichts sagt,
ist selber schuld.**

Ja

**Wenn Sie aber JA stimmen,
verlangen Sie vom Staat:**

Liebe Eidgenossenschaft,

- jedem Fahrzeughalter schreibst Du zwingend eine Haftpflichtversicherung vor. Wenn Du das (mit gutem Grund) tust, ist es aber nichts als recht, dass Du uns eine vorteilhafte Versicherungs-Alternative des Bundes anbietest.
- Denn ich möchte mit meiner Prämie nur einen guten Versicherungsschutz, aber keine Paläste und Dividenden bezahlen.
- Was ich endlich wünsche, sind klare, für jedermann durchschaubare Verhältnisse und Mitbestimmung durch Parlament und Versicherte.
- Schluss mit Übervorteilung, Versicherungs-Chinesisch und Kleingedrucktem!

**Ein Urnengang, der Konsumenten
schützt und Versicherten nützt!**

VPOD-Fahrzeughaftpflicht-Initiative JA!

26.9.76

Fahrzeug- haftpflicht- Initiative

SCHLUSS MIT
DER PRÄMIEN-
MANIPULATION!



Mehr Schutz

statt

Dividenden!

DIE
VERSICHERUNGEN
SIND DAGEGEN-
DIE STRASSEN-
BENÜTZER
SIND
DAFÜR!

VPOD-INITIATIVE
JA